

Wenn Lehrer Politik machen

Die Schule muss politisch neutral sein. Im Alltag sieht das oftmals anders aus: Die Pädagogen platzieren im Unterricht freimütig tendenziöse Botschaften.

Von Katharina Fontana

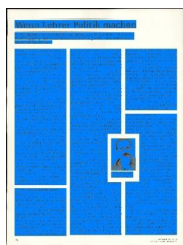
Letzten Freitag sind in der Schweiz Hunderte von Schülern in den «Klimastreik» getreten, bereits zum zweiten Mal. Statt im Unterricht zu sitzen, zogen sie mit Plakaten durch die Strassen, die Aufschriften wie «Save our planet, save our future» trugen. Ihr Vorbild ist Greta Thunberg, eine sechzehnjährige Schwedin, die am Freitag jeweils nicht zur Schule geht, sondern für den Klimaschutz streikt, wenn sie nicht gerade auf der internationalen Bühne eindringliche Appelle hält. Der Massenprotest mag für viele Schüler vor allem ein cooles Happening sein, und etliche der jungen Teilnehmer werden wohl nicht ganz so umweltbewusst und nachhaltig leben, wie sie es auf ihren Schildern propagieren. Dennoch ist die junge Klimabewegung sympathisch. Teenager denken gross, sie wollen die Welt besser und gerechter machen; das war bei früheren Generationen nicht anders.

Eine andere Frage ist, wie die Schulen mit den «Streikenden» umgehen. Am ersten «Streiktag» im Dezember liess man sie überwiegend gewähren und tolerierte die Abwesenheit. Mit Blick auf den zweiten und auf bereits angekündigte weitere «Streiktage» hat man in gewissen Kantonen die Schraube angezogen, dort müssen die schwänzenden Schüler mit einer unentschuldigsten Absenz rechnen. Anderswo sieht man das lockerer. In Bern etwa, wo sich die Schüler über Schützenhilfe von der grünen Erziehungsdirektorin freuen dürfen, konnten sie sich in vielen Gymnasien ohne grosses Aufheben vom Unterricht dispensieren lassen. Daneben gibt es Lehrer, die die Jugendlichen verklausuliert oder direkt zum «Streiken» aufriefen, oder solche, die selber mitmarschierten und ein rigides CO₂-Gesetz forderten. So viel offene Solidarität der Pädagogen mit einem politischen Anliegen kommt einem denn doch eigenartig vor.

An der Grenze zur Indoktrinierung

Eigentlich sollte die öffentliche Schule politisch neutral und ideologiefrei sein. Dass unter diesem hehren Grundsatz sehr Unterschiedliches verstanden wird, zeigt der Disput um neue Lehrmittel, der kürzlich für Aufsehen gesorgt hat. Bürgerliche Parteien protestieren gegen die «linksideologische» und «antikapitalistische» Ausrichtung der Schulbücher, in denen Hilfsorganisationen über die Ausbeutung der Dritten Welt klagen und die Gewerkschaften als Kämpfer für Lohngleichheit glorifiziert werden. Viele Eltern schulpflichtiger Kinder wird diese Einseitigkeit freilich nicht erstaunen. Denn sie sind es gewohnt, dass die politische Ausgewogenheit an der Schule an einem kleinen Ort ist und das Pendel zuverlässig nach links ausschlägt. Exemplarisch zeigt sich dies bei den verschiedenen Projekttagen zum Thema Umwelt und Energie, wie sie an vielen Gymnasien durchgeführt werden. Es ist zweifellos sinnvoll, in der Schule über die Energieversorgung und über alternative Energiequellen zu reden. Doch, so ist von wenig erbauten Schülern zu hören, sind solche Anlässe letztlich Freibühnen für Lobbyisten, an denen diese ihre Sicht der Dinge unwidersprochen darlegen dürfen. Wenn Vertreter aus dem Umweltbereich oder aus der Solarbranche vor fünfzehnjährigen Schülern Werbespots für Solaranlagen oder ein Plädoyer für scharfe Energiegesetze halten dürfen und die Lehrerin begeistert einstimmt, geht das hart an die Grenze zur Indoktrinierung.

Doch nicht nur an speziellen Projektanlässen, auch im ganz normalen Schulalltag ist die politische Schlagseite vieler Pädagogen deutlich zu spüren, wie Schüler erzählen. Da gibt es Lehrer, die mit nebenbei eingeworfenen Be-



merkungen und unterschwellig platzierten Botschaften regelmässig ihre politischen Präferenzen und Sympathien äussern. Andere erlegen sich gar keine Zurückhaltung auf und teilen ihrer Klasse beispielsweise ungefragt mit, dass sie die hängige Gewerkschaftsinitiative für einen Vaterchaftsurlaub eine tolle Sache finden oder dass die Schweiz endlich einkommensabhängige Krankenkassenprämien benötige. Ebenfalls beliebt sind herablassende Sprüche über das Schweizer Militär und Witze über dessen Tauglichkeit.

Auch wenn es um Parteipolitik geht, scheinen etliche Lehrkräfte nichts von Zurückhaltung und Fingerspitzengefühl zu halten. Rechtsbürgerliche Parteien wie die SVP oder die Tessiner Lega werden mehr oder weniger offen als problematische, gar rassistische Gruppierungen dargestellt. Es gibt Lehrer, die finden es beispielsweise völlig in Ordnung, im Unterricht Fotos von prominenten Schweizern zu zeigen, darunter von Christoph Blocher, und dann süffisant anzumerken, dass man diesen Herrn eigentlich besser nicht kennen würde. Auch Donald Trump sorgt in vielen Schulstuben für Verstörung. Dass es am



«Neutral heisst nicht wertfrei»: Zemp.

Tag nach seiner Wahl bei einem Teil der Schülerschaft zu Tränenausbrüchen kam und Trump mit Hitler verglichen wurde, mag im damaligen Aufruhr der Gefühle verständlich

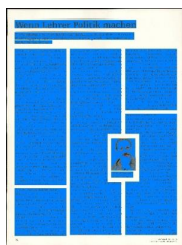
erscheinen. Wenn aber auch eine Lehrerin in den Tenor einstimmt und vor der Klasse Parallelen zwischen dem neugewählten amerikanischen Präsidenten und dem bekanntesten Massenmörder der Geschichte zieht, wirkt das doch höchst unprofessionell. Wenig ausgewogen ist es beispielsweise auch, wenn den Schülern im Englischunterricht ausschliesslich US-Talkshows gezeigt werden, in denen der Bösewicht aus Washington die Lachnummer ist. Warum nicht zwischendurch einmal eine Sendung von Fox News bringen, damit die Schüler eine Vorstellung davon bekommen, wie das rechte Lager in den USA tickt?

Anbiederung und Parolen

All diese Episoden sind, für sich allein genommen, nicht schlimm, in der Summe aber sind sie ein Ärgernis. Und für jene Schüler, die eine andere Sicht der Dinge haben und die jahrelang demselben eintönigen Sound ausgesetzt sind, wird ein solcher Schulalltag zur Belastung. Den Lehrern, denen ja immerhin eine Vorbildfunktion zukommt, scheint es irritierenderweise oft gar nicht bewusst zu sein, dass es an der Schule und im Klassenzimmer auch noch eine andere politische Meinung geben könnte. Sie gehen wie selbstverständlich davon aus, dass die Teenager links-grün, zumindest aber antibürgerlich sind, wie man es in diesem Alter eben meistens ist. Ist es also Anbiederung

an die Jungen? Hofft man als Lehrer auf Applaus, wenn man sich im Klassenzimmer als Klimaschützer und Vaterchaftsurlaubsfreund outet oder sich als vehementer Trump-Gegner aufspielt? Wenn man sich mit den Jugendlichen solidarisiert gegen die Bösen der Welt, die durchwegs rechts geortet werden?

Selbstverständlich gibt es auch andere Lehrer, die mit ihrer eigenen Meinung nicht selbstgefällig hausieren gehen und die einen tollen Unterricht anbieten. Die beispielsweise



die Entwicklungshilfe nicht nur aus einer einzigen Warte betrachten, sondern neben den positiven Aspekten auch fragwürdige Tendenzen thematisieren und damit die Jugendlichen zum kritischen Denken anregen. Doch hört man, was Schüler zu Hause vom Unterricht erzählen, scheinen diese Lehrer bedauerlicherweise eher dünn gesät zu sein.

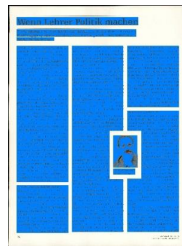
Wie steht man beim Schweizer Lehrerinnen- und Lehrerverband zu den parteiischen Pädagogen? Für Präsident Beat W. Zemp ist die Frage, wie die Lehrerschaft mit politischen **«Gesellschaftlich umstrittene Themen müssen in der Schule kontrovers diskutiert werden.»**

Themen umgehen soll, so alt wie die Schule selber. Die Schule müsse parteipolitisch neutral sein, doch «neutral heisst nicht wertfrei». Jeder Mensch habe seine eigenen Wertvorstellungen, und diese würden bei der Arbeit durchscheinen, auch bei einem Lehrer. «Klar ist aber, dass eine Lehrperson Schüler nicht manipulieren, sie nicht einseitig informieren oder indoktrinieren darf.» Was hält Zemp konkret davon, wenn Lehrer ihre Schüler beiläufig wissen lassen, dass sie die Initiative für einen Vaterschaftsurlaub eine tolle Sache finden? «Das Thema Vaterschaftsurlaub ist ein aktuelles politisches Thema, da darf ein Lehrer nicht einfach eine Parole ausgeben. Allerdings darf er seine persönliche Meinung offenlegen, wenn die Schüler ihn danach fragen.» Und was meint er dazu, wenn eine Lehrerin ihrer Abneigung gegen den amerikanischen Präsidenten im Schulunterricht freien Lauf lässt und Hitler-Vergleiche zieht? Ein solches Verhalten

sei höchst fragwürdig, so Zemp.

Insgesamt sei die Lehrerschaft aber sehr heterogen zusammengesetzt, davon ist Zemp überzeugt. Die verbreitete Vorstellung, dass die Lehrerinnen und Lehrer mehrheitlich linksgrün seien, entspreche nicht der Realität. «Man hat dieses Bild wegen der Achtundsechziger, die in Jeansjacken und Schlabbershirts vor der Klasse standen. Doch diese Generation tritt ab, die Letzten von ihnen werden jetzt pensioniert.» Zemp, selber schon jahrzehntelang als Gymnasiallehrer tätig, ist überzeugt, dass sich Heranwachsende vom Lehrer ohnehin nur wenig oder gar nicht politisch beeinflussen lassen. Wenn ein Lehrer im Unterricht mit politischen Belehrungen aufwarte, sollten Schüler, die anderer Meinung seien, Widerspruch einlegen, rät er. «Dann entsteht eine offene Diskussion. Denn gesellschaftlich umstrittene Themen müssen in der Schule kontrovers diskutiert werden, damit sich Schüler ihre eigene Meinung bilden können.»

Das trifft zweifellos zu. Nur scheint bei weitem nicht jeder Pädagoge die Grösse zu haben, offenen Widerspruch hinzunehmen. Die Erfahrung von Schülern zeigt, dass es mit der Toleranz gegenüber anderen Meinungen oft nicht so weit her ist. Und auch wenn Jugendliche genug widerstandsfähig sind, um sich gegen Bevormundung und Indoktrinierung zu wehren, ist die politische Einseitigkeit an Schulen doch stossend. Ein Gutteil der Teenager, die meinungsmässig gegen den Strom schwimmen, sich aber nicht dauernd als Aussenseiter exponieren wollen, werden sich mit der Zeit innerlich verabschieden und die Schuljahre freudlos und uninspiriert absitzen. ○



Die Weltwoche
8021 Zürich
043/ 444 57 00
<https://www.weltwoche.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 52'543
Erscheinungsweise: 50x jährlich

Seite: 32
Fläche: 123'707 mm²

Auftrag: 3005693
Themen-Nr.: 220.124

Referenz: 72344491
Ausschnitt Seite: 4/4



Teenager denken gross: sogenannter Klimastreik, am Freitag in Luzern.